

Das Ende des kleinen, Beginn des großen Barmatprozesses.

Berlin, 11. Jan. Nach vierstündiger Verhandlung vor der Berufungskammer des Landgerichts 1 wurde zugleich mit dem Beginn des großen Barmatprozesses heute der sogenannte „kleine Barmatprozess“ zu Ende geführt. Mehrere Staatsbankbeamte waren beschuldigt, gegen Bestechungsgelder Bankhäuser Kredite ohne ausreichende Effektenbedeckung eingeräumt zu haben. Die Strafkammer setzte die Strafen erheblich herab mit der Begründung, daß bei den verworrenen Zuständen in der Staatsbank den Angeklagten die Pflichterfüllung im höchsten Grade erschwert, die Pflichtverletzung aber im höchsten Grade erleichtert worden sei. Die Strafen wurden herabgesetzt für die Staatsbankoberinspektoren Blodow von einem Jahr fünf Monaten auf ein Jahr, Kersten von einem Jahr neun Monaten auf ein Jahr, für Staatsbankinspektor Post von neun Monaten auf sechs Monate, Staatsbankoberinspektor Reibel von fünf auf drei Monate Gefängnis. Die gezahlten Bestechungsgelder wurden von der Staatskasse für verfallen erklärt.

Der große Barmatprozess.

Berlin, 11. Jan. Vor dem erweiterten Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte begann heute vormittag unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Neumann der umfangreiche Prozeß gegen Barmat und Genossen. Die Anklage wird vertreten durch den Oberstaatsanwalt Trautmann, dem die Staatsanwälte Raasch, Sturm und Erich zur Seite stehen.

Die elf Angeklagten sitzen mit ihren 15 Verteidigern an zwei Tischreihen vor der eigentlichen Anklagebank. Der Zuschauerraum ist stark besetzt, und die Presse ist außerordentlich stark vertreten. Der frühere Zentrumsabgeordnete Lang-Hegermann ist ebenso wie alle übrigen Angeklagten anwesend.

Aus der heutigen Verhandlung interessieren am meisten die Angaben über Julius Barmats Vorleben.

Die Geschichte Julius Barmats

enthält eine erstaunliche Geschäftskarriere. Im Alter von 20 Jahren hatte Barmat in Holland schon ein monatliches Durchschnittseinkommen von 1500 Gulden, und zwar als Direktor der Auslandsabteilung einer holländischen Aktiengesellschaft. Verschiedene Geschäfte kamen hinzu. 1916 gründete Barmat die Anegima mit einem Aktienkapital von einer Million Gulden. Während des Krieges kam die Anegima auf die schwarze Liste der Entente. 1917 wurden die holländischen Schiffe mit Getreide in Amerika beschlagnahmt und die Zufuhr nach Holland gesperrt. Die holländische Regierung versuchte nun aus der von Deutschland besetzten Ukraine Getreide zu beziehen und so kam ich, so erklärt Barmat, zum erstenmal mit deutschen Behörden in Verbindung.

Auf Einwirken der deutschen Pressestelle habe er unentgeltlich für die Vertretung des deutschen Standpunktes in der holländischen Presse gewirkt. 1917 hatte Barmat aus den Exportgewinnen schon ein Vermögen von zwei Millionen Gulden. 1919 habe er auf wiederholte deutsche Aufforderungen hin die Lebensmittelieferungen für Deutschland übernommen. Für Papiermarkt habe er Akzente geliefert, die erst nach einem Jahr flüssig gemacht werden konnten. Er selbst habe dabei keine Verluste gehabt, da er den holländischen Lieferanten dieselben Bedingungen auferlegte, die ihm das Deutsche Reich auferlegt habe. 1920 habe er auf Ersuchen des Reichsfinanzministeriums für die deutschen Margarineverke holländische Rohstoffe gegen Kredit geliefert. Er habe von den Werken dafür Mark Akzente erhalten und so sei er mit der Reichsbank und im gleichen Jahre auch mit der Preussischen Staatsbank in Verbindung gekommen. Barmat schätzt sein Vermögen Ende 1923 auf über drei Millionen Gulden. Mindestens eine Viertel Million Gulden habe er durch Waffenspekulation verloren. Im Gegensatz zur Anklage stellt Barmat an Hand einer Grenzbescheinigung fest, daß er seinerzeit nach Deutschland 30 000 Dollar, 10 000 englische Pfund und 30 000 Gulden mitgebracht habe.

Nationale Opposition.

Von Albrecht Graf zu Stolberg-Berningerode, M. d. L.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Regierung im Interesse ihrer Arbeit einer Opposition im Reichstage bedarf.

Der Kampf gegen unsere Feinde wird ihr erleichtert, wenn sie in den Verhandlungen mit den anderen Regierungen darauf hinweisen kann, daß sie um des lieben Friedens willen ihnen schon weiter entgegenkommt, als es weite Kreise des deutschen Volkes wollen. Eins darf aber die nationale Opposition nicht vergessen: sie liefert der Regierung nur dann mit der Opposition eine brauchbare Waffe, wenn sie Forderungen aufstellt, die wenigstens in absehbarer Zeit erfüllbar sind. Sie muß der Regierung in ihren Wünschen immer um eine Etappe voraus sein, darf es aber nicht um zu viele. Man vergleiche einmal die Vorschläge des Reichstagsabgeordneten zu Locarno mit den Punkten, die die deutsche nationale Reichstagsfraktion aufgestellt hatte. Stresemann hätte sich, wenn er sie vorgebracht hätte, den anderen Staatsmännern gegenüber nur lächerlich gemacht. Die Hälfte der Forderungen dagegen wäre ihm eine brauchbare Waffe gewesen.

Möge die nationale Opposition doch einmal zusehen, wie man es in England macht. Einen wirklichen Nutzen nach außen hin — auf den und nicht auf die Vertiefung der Gegensätze im Innern kommt es an — sucht die englische Opposition dadurch zu erzielen, daß sie in engerer Fühlung mit dem auswärtigen Amt arbeitet. Auch in ihrer Zeitungspropaganda. Man sehe sich dagegen die deutsche Oppositionspropaganda in ihrer gänzlichen Undiszipliniertheit und Eigenmächtigkeit an.

Würde es z. B. ein englischer Konservativer wagen, den liberalen Außenminister als einen Mann zu bezeichnen, auf dessen Schwäche und Befähigung die außenpolitischen Gegner Englands in allen Verhandlungen stets rechnen können? Die deutsche Opposition aber, sicherlich die unpolitischste aller Länder, ist allzuoft nach diesem Rezept verfahren. So bei den Verhandlungen in Locarno, in Genf, Thoiry, bei der Verabschiedung des Generals von Seeckt, bei den Verhandlungen über die Vaterländischen Verbände und in anderen Fällen. Dabei waren ihre Behauptungen sachlich falsch.

Versteht, zwecklos, ja geradezu schädlich ist eine Opposition, die nicht mit gegebenen Tatsachen zu rechnen versteht. Daß wir in den Völkervereinigungen eintreten würden, stand fest, als im Herbst 1926 die deutsche Delegation nach Genf abreiste. Darum war es verkehrt, daß die Deutschnationalen sich damals weigerten, ihren Abgeordneten Dr. Hoepfich mitzuführen. Da war ein Feld für aktive Tätigkeit der nationalen Opposition und gerade da griff sie nicht zu.

Eine Opposition ist überhaupt keine wahrhaft nationale, wenn sie sich nur in Kritik ergeht und nicht sagt, wie man es anders machen kann.

Aber gerade daran fehlt es; es fehlt bedauerlicherweise auch an dem Gefühl, daß nationale Opposition und Verleumdung und Verächtlichmachung des leitenden Mannes der Außenpolitik schlecht zusammen passen.

Drei Aussprüche Bismarcks möge sich die nationale Opposition stets vor Augen halten. Gegen Verleumdungen, mit denen ein Teil der Konservativen gegen ihn arbeitete, sagte er im Reichstage:

„Man bemüht sich nicht, sachlich zu widerlegen und zu diskutieren, sondern man bemüht sich, nachzuweisen, daß der Gegner eigentlich ein schlechter Kerl sei; man spürt in seinem Privatleben nach, sucht irgend eine wunde Stelle zu finden, sucht diese zu übertreiben, kurz und gut, treibt wissentlich Verleumdung.“

Ein andrer Mal sagte er: „Ich halte den Boden, auf dem das deutsche Reich gegründet ist, noch nicht gewachsen und solide genug, um mit dieser Vergessenheit, mit dieser Sicherheit der deutschen Meinung hinzugeben, der Regierung Opposition zu machen.“

Und schließlich: „Ich halte es für eine schlechte Ueberzeugungstreue, die im Staatsdienst sagt, mag der Staat zugrunde gehen, es ist meine Ueberzeugungstreue, ich kann nicht anders.“

Preßstimmen zur Haltung des Zentrums.

Die durch den gestrigen Beschluß des Vorstandes der Zentrumsfraktion geschaffene Situation wird von den Blättern verschiednen beurteilt. Die „Tägliche Rundschau“ erklärt, daß das Ergebnis des gestrigen Tages die Erwartung zulasse, daß die Verhandlungen auf der Grundlage des von Dr. Curtius entworfenen Programms in Gang kommen werden. Die Partein seien durch die Besprechungen des gestrigen Tages einander näher gekommen. Biel verspricht sich das genannte Blatt von der auf heute anberaumten gemeinschaftlichen Aussprache zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen im Beisein des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, bei welcher Gelegenheit das Zentrum bestimmte Forderungen vorbringen werde, deren Formulierung bereits gestern von dem Fraktionsvorstande des Zentrums vorgenommen worden sei. Anderer Ansicht ist die „Germania“. Die Auffassung des Zentrums geht dem Berliner Zentrumsorgan zufolge nach wie vor dahin, daß die Lösung der Schwierigkeiten am besten durch ein Zusammenarbeiten der Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten erreicht würde. Das „Berliner Tageblatt“ hält es kaum mehr für zweifelhaft, daß bei den heutigen Beratungen der Gesamtkonferenz der Zentrumsfraktion der Fraktionsvorstand sich für die Ablehnung jeden Anschlusses nach rechts mit aller Entschiedenheit einsetzen werde.

Er mordung eines faschistischen Sekretärs in der Provinz Piacenza.

Rom, 11. Januar. In einem Orte der Provinz Piacenza wurde ein faschistischer Sekretär nach einem Streite mit zwei Sozialisten durch zwei Gemeindeführer getötet. Die Täter sind entflohen.

Reichstagspräsident Löbe in Danzig.

Nach einer Blättermeldung aus Danzig ist der Präsident des Deutschen Reichstages, Löbe, gestern nachmittag in Danzig eingetroffen, um vor dem Deutschen Heimatsdienst über die österreichische Anschlussfrage zu sprechen. Der Versammlung wohnte u. a. der Präsident des Senates, Dr. Sahn, bel. Reichstagspräsident Löbe überbrachte zunächst unter stürmischem Beifall der Versammlung die Grüße des Deutschen Reichstages. Auf die jüngste Rede des polnischen Außenministers Jaleski eingehend, betonte der Redner, daß Deutschland ebenso wie Danzig verwundert gewesen sei über den drohenden Ton, der in dieser Rede zum Ausdruck gekommen sei. Er sei der Ansicht, daß Deutschland nicht den geringsten Anlaß dazu gegeben habe. Das Gastrecht, das er in Danzig genieße, verbiete es ihm, in eine Polemik zu der Rede Jaleskis einzutreten. Er werde das bei einer anderen Gelegenheit tun. Ueber die Anschlussfrage erklärte der Redner, daß für die Dauer Deutschlands das Selbstbestimmungsrecht, welches selbst dem kleinsten Staate gewährt worden sei, nicht vorenthalten werden könne. Es handele sich hier um einen freiwilligen Zusammenschluß zweier Länder, die in der Kultur und in der Sprache vollkommen gleich seien.

Aus dem Lande des rasenden Drachen.

Flottenkonzentrierung in der Yangtse-Mündung. London, 11. Januar. Wie der Amtliche Britische Funkdienst meldet, ist der Oberkommandierende der englischen Kriegsschiffe in den chinesischen Gewässern Sir Reginald Tyrwhitt gestern mit seinem Flaggschiff „Dolphin“ in Schanghai eingetroffen. Man erwartet, daß der amerikanische Admiral Williams demnächst mit dem Kreuzer „Pittsburgh“, von den Philippinen kommend, in Schanghai eintrifft. Ueber England und den Vereinigten Staaten haben auch Frankreich, Italien und Japan Kriegsschiffe nach der Yangtse-Mündung entsandt.

Wantschipo von Räubern in Brand gesetzt.

Peking, 11. Januar. Nachdem Einwohner der Stadt Wantschipo Räubern Widerstand geleistet hatten, holten diese Verstärkungen heran, umzingelten die Stadt und änderten sie an. Diejenigen Einwohner, die nicht in den Flammen umkamen und aus den brennenden Häusern flüchteten, wurden niedergeschossen.

Verbot des Fischfangs durch Fremde in den Territorialgewässern der französischen Kolonien.

Paris, 11. Januar. Durch Verordnung des Präsidenten der Republik vom 9. Dezember 1926 ist das französische Gesetz vom 1. März 1888, das fremden Fischereifahrzeugen den Fischfang in den französischen Territorialgewässern verbietet, auf alle französischen Kolonien ausgebeht worden.

Bouisson Kammerpräsident.

Paris, 11. Jan. Der sozialistische Kammerpräsident Bouisson wurde mit 284 Stimmen im dritten Wahlgang zum Kammerpräsidenten gewählt. Der ehemalige Kriegsminister Maginot erhielt 188 Stimmen.

Aufhebung der Sklaverei im Kalat.

Delhi, 11. Januar. Das Staatsoberhaupt von Kalat, einem Eingeborenstaat in Belutschistan, hat einen Ertrag veröffentlicht, in dem die Sklaverei, die in seinem Staat seit den ältesten Zeiten bestand, endgültig abgeschafft wird.

Diskontermäßigung.

Die Reichsbank hat den Diskontsatz von 8 auf 5 v. H. ermäßigt; der Lombardsatz dagegen beträgt unverändert 7 v. H.

Autofernstraße Berlin—Leipzig—München—Rom.

Leipzig, 11. Jan. Auf Einladung des Rates der Stadt fand heute im Rathaus eine Tagung zur Besprechung des Planes einer Autofernstraße Berlin—Leipzig—München—Rom statt, zu der zahlreiche Vertreter des Reiches, der beteiligten Länder und Städte sowie von Handelskammern, Verkehrsverbänden, darunter dem Tiroler Landesverkehrsamt in Innsbruck, von Automobilklub und des Straßenbauwesens erschienen waren. Das einleitende Referat hielt Ministerialrat Dr. Speck-Dresden, der das Problem der Autofernstraße sowie die beiden Möglichkeiten zu seiner Lösung: Bau besonderer Straßen und Ausbau des bestehenden Straßennetzes schilderte. Angesichts der Schwierigkeit der Finanzierung sei, so führte der Redner aus, grundsätzlich für die nächste Zukunft der Ausbau des bestehenden Straßennetzes nach modernen Grundrissen in den Vordergrund zu stellen. Für einzelne Strecken, besonders Umgehungs-, Ausfall- und Ausflugsstrecken, könne aber auch der Bau besonderer Autofernstraßen zweckmäßig sein. Die Straße Berlin—Leipzig—München—Rom würde bei einer Länge von 688 Kilometer und Baukosten von durchschnittlich 400 000 Mark für den Kilometer insgesamt 267 Millionen Mark beanspruchen, während man beim Ausbau des bestehenden Straßennetzes vielleicht mit einem Drittel dieser Summe auskommen würde.

Geheimrat Pflug vom Reichsverkehrsministerium erkannte in seinen Ausführungen die Notwendigkeit einer Anpassung des Straßennetzes an den neuzeitlichen Verkehr an. Das Reichsverkehrsministerium stehe aber, wie er erklärte, auf dem Standpunkt, daß dies im Rahmen des bestehenden Straßensystems geschehen müsse, und daß der Bau besonderer Autofernstraßen nur unter ganz besonderen Umständen in Frage komme. Es sei auch fraglich, ob der Automobilmismus noch weitere finanzielle Belastungen bringe.

In ähnlichem Sinne sprachen sich auch die Vertreter der Länder sowie die Mehrzahl der übrigen Redner aus. Als Ergebnis der Besprechung wurden einstimmig Richtlinien angenommen, in denen es heißt: Den ausstretenden Verkehrsbedürfnissen der nächsten Zeit wird eine Fernstraße im Rahmen des Staatsstraßensystems Rechnung tragen können. Die Ausgestaltung zu rein durchgehenden Autofernstraßen wird von der Entwicklung der künftigen Verkehrsbedürfnisse abhängen. Eine Verbindung Berlin—Leipzig—München—Rom ist als ein wichtiger und wesentlicher Bestandteil eines künftigen deutschen bzw. internationalen Autofernstraßennetzes anzusehen. Weiter wurde beschlossen, für die Vorbereitungsarbeiten eine Arbeitsgemeinschaft unter Heranziehung der interessierten Kreise zu bilden. Ein engerer Arbeitsauschuß, der sich aus je einem Vertreter der Städte Berlin, Leipzig und München und je einem Vertreter des Reichsverkehrsministeriums und der beteiligten Länderregierungen von Preußen, Sachsen, Thüringen und Bayern zusammensetzt, soll einen Streckenplan sowie Bau- und Finanzplan ausarbeiten und zwar länderweise. Zum Borort der Arbeitsgemeinschaft wurde die Stadtverwaltung München, als der natürliche Mittelpunkt der geplanten Autofernstraße, bestimmt.